

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt.

**Abonnementpreise:** Die 9 gepaltene Monatspreiszeitung 4,00 M., Familienabgabe 8,00 M., die 9 gepaltene Monatspreiszeitung 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Kleinverträge 60 Pf.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Sprechstunde:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Verlagszeitung:** von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Druckort: Dresden, Mittwoch den 18. Januar 1922

## Zahlungspflicht und Steuern

Bekanntlich ist der deutschen Regierung aufgegeben worden, binnen 14 Tagen einen Reform- und Garantienplan, betreffend den deutschen Reichshaushalt vorzulegen, und die Alliierten haben sich vorbehalten, diesen Plan entweder zu genehmigen oder Abänderungen zu verlangen. Die deutsche Regierung wird also, den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragend, den geforderten Plan ausarbeiten und fristgerecht vorlegen müssen. Die Arbeiten hierzu sind bereits im Gange. Der Plan wird naturgemäß dreierlei Maßnahmen umfassen müssen: solche, die zum Zwecke der Verringerung des deutschen Reichshaushalts bereits getroffen sind, solche, deren Ausführung sich im Zuge befindet, und schließlich solche, die in die Wege zu leiten einer neuen Zukunft überlassen bleibt. Zu den Maßnahmen der zweiten Art gehören die Steuern, über die der Reichstag in den nächsten Wochen entscheiden soll. Damit ist auch schon gesagt, daß der Reichstag in seinen Entscheidungen nicht frei ist. Zwar hat es die Entente während des Krieges als ihr Ziel angesehen, den demokratischen Gedanken in aller Welt zu verpflanzeln, aber mit diesem Gedanken läßt es sich nicht vereinbaren, daß die Souveränität der deutschen Volksgemeinschaft, die die Souveränität der deutschen Volksgemeinschaft in der Weise, wie es tatsächlich geschieht, eingegrenzt wird. Auch mit der Konstruktion einer Art von Weltdemokratie würde man diesen Zustand nicht rechtfertigen können, denn die ausländischen Völker in ihrer großen Masse haben mit ihren eigenen Angelegenheiten genug zu tun, und keine Gelegenheit, ihren Willen über unsere inneren Angelegenheiten zu äußern. In Wirklichkeit ist es eine Diktatur von internationalen Hochmännern, die über uns Demokratie gestellt ist, und dabei sind diese Hochmänner oft von recht sonderbarer Art. Dies alles ändert aber nichts daran, daß es sich um Tatsachen handelt, denen wir uns zunächst fügen müssen.

Zu den wichtigsten Bestimmungen hinsichtlich unserer Steuern gehört diejenige, daß unsere Steuern nicht leichter sein dürfen, als die Steuern anderer Länder. Da es in allen diesen Ländern sehr stark ausgebaute Systeme von indirekten Steuern gibt, bleibt dem deutschen Reichstag gar nichts anderes übrig, als die indirekten Steuern beizubehalten und sie mindestens, wo dies noch erforderlich ist, noch dem Maßstab der gleichen im Ausland bestehenden Steuern zu erhöhen. Ehrlicherweise muß hinzugefügt werden, daß der Reichstag gezwungen wäre, auch dann auf die indirekten Steuern zurückzugreifen, wenn ein derartiger anderer Zwang nicht bestünde. Dadurch aber, daß er besteht, erübrigen sich vorläufig alle weiteren Diskussionen.

Die Frage bei der stehenden deutschen Steuerreform ist also nicht, ob die geforderten indirekten Steuern bewilligt werden, sondern mer sie bewilligt. Die nächsten dazu sind zweifellos diejenigen Parteien, die für die sogenannte Politik der Erfüllung, das heißt für die Unterzeichnung des Londoner Finanzplans und seine lokale Ausführung innerhalb der Grenzen des Möglichen, eingetreten sind. Das sind das Zentrum und die beiden sozialdemokratischen Parteien, während die Demokraten unentschieden hin- und hergeraten.

Die Lage stellt sich nun folgendermaßen dar: Das Zentrum ist bereit, die Steuerreform, wie sie vom Reichsfinanzminister Hermes vertreten wird, zu akzeptieren, es scheint aber auch bereit, in bezug auf die Besteuerung des Vermögens etwas — fragt sich nur um wieviel? — über die Regierungsvorlage hinauszugehen. Die Sozialdemokratie ist bereit, die indirekten Steuern zu bewilligen, unter der Bedingung, daß in bezug auf die Besteuerung der Einkommen die Regierungsvorlage hinausgegangen wird. Von den Unabhängigen müßte man nach den bisherigen Erfahrungen annehmen, daß sie beabsichtigen, die indirekten Steuern abzulehnen, ohne Rücksicht darauf, wie die Besteuerung ausfallen und welche Folgen sich daraus für die Steuerreform als Ganzes, für die Entwicklung der auswärtigen Politik und für den Bestand der gegenwärtigen Reichsregierung ergeben.

Die Sozialdemokratie wünscht das Zustandekommen der Steuerreform, sie glaubt aber die Verantwortung für ihre Beteiligung an diesem Werk nur dann übernehmen zu können, wenn der Reichstag in ausreichender Weise in den Reichsfinanzen mit herangezogen wird. Das Gewicht, das sie bei der Entscheidung in die Waagschale werfen könnte, wäre erheblich größer, wenn eine Gewähr dafür bestünde, daß die Unabhängigen bis zum Schluß in Reich und Glied mit ihr markieren würden. Dieses in Reich und Glied Markieren besteht aber nur so weit, als es sich darum handelt, den Reichstag heranzuziehen, es hört auf, oder es wird zum mindesten zweifelhaft, wo es sich darum handelt, die bitteren Konsequenzen des Ganzen zu ziehen und die indirekten Steuern zu bewilligen. Dadurch wird die Position der Sozialdemokraten bei den Verhandlungen um die Steuerreform geschwächt, so gern es auch im übrigen gesehen wird, daß unsere Partei bei ihrer Forderung nach einer erhöhten Vermögensbesteuerung bei den Unabhängigen eine Stütze findet.

Was wird, wenn eine Verständigung nicht zustande kommt, wenn die Besteuerung der Sozialdemokraten unzulänglich erscheint und sie deshalb die indirekten Steuern ihre Zustimmung verweigern? Dann bleiben nur noch die zwei Möglichkeiten eines Regierungswechsels oder einer Auflösung des Reichstags. Der Regierungswechsel würde aber nach den vorangegangenen Ereignissen einen entscheidenden Aufbruch nach rechts bedeuten. Wir hätten dann in Deutschland eine ähnliche Erscheinung wie in Frankreich, und neue auswärtige Verwicklungen wären die höchstwahrscheinliche Folge.

Würden wir aber in einem neuen Wahlkampf um die Verteilung unserer Steuern ringen, so müßten inzwischen doch die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Entente über den Reformplan fortgesetzt werden, und die Entscheidung durch die Wähler erfolgt wäre, hätten wir vielleicht schon Bindungen an dem Falle, welche diese Entscheidung gänzlich illusorisch machten.

Man sieht, es ist keine leichte Situation, in der wir uns befinden. Die sozialdemokratische Partei wird bei ihren Entscheidungen diese Situation im Auge behalten müssen, und ihren Kritikern von rechts und links sei geraten, das gleiche zu tun.

## Zentrum und Republik

Die Verhandlung des Zentrumsparteitagess begann am Dienstag mit dem Referat des Senatspräsidenten Marx, Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, über die Ziele und die Aufgaben der Zentrumspartei. Marx verwahrte seine Partei hauptsächlich gegen Vorwürfe, die ihr von der rechten Seite gemacht werden: das Zentrum hätte sich als christliche Volkspartei nicht mit der Sozialdemokratie verbinden dürfen. Hierauf erwiderte Marx, daß es sich bei der Koalition nicht um einen Bund oder eine Vermählung, sondern lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft handle. Niemals sei dem Zentrum ein Aufgeben seiner Weltanschauung oder seiner Grundsätze verlangt worden. In der Weimarer Verfassung sei die Arbeit der Kirche besser gewahrt, als man es zur Zeit der Wahlen zur Nationalversammlung für möglich gehalten habe. — Weiter werde dem Zentrum vorgeworfen, daß es eine grundsätzlich monarchistische Partei gewesen sei und sich nicht ohne weiteres mit der republikanischen Staatsverfassung habe verbinden dürfen. Marx stellte demgegenüber fest, daß die Weimarer Verfassung, was von der Rechten meist übersehen werde, auf rechtlich durchaus einwandfreie Weise zustande gekommen sei, nämlich durch die nach dem freien Wahlrecht gewählten Vertreter des gesamten Volkes. Republik und Monarchie, beide Staatsformen sind mit der christlichen Auffassung von Wesen des Staates durchaus vereinbar. Das Zentrum werde nur eine Wahrung und Förderung der Verfassung verlangen, wenn wichtige Gründe vorhanden sind. Zur Zeit sei es das denkbar Unwünschteste, sich auf Verfassungsdiskussionen einzulassen. Es sei die Pflicht jedes überzeugten Christen, der Obrigkeit untertan zu sein; ob sie ihm gerade paßt oder nicht, sei dabei vollständig gleichgültig. — Schließlich verteidigte Marx das Zentrum gegen den Vorwurf, im unzulässigen Maße den Einfluß der Kirche gefördert zu haben. Wenn die Rechte der einzelnen auf eingeschränkt worden seien, so sei es nur geschehen, weil das finanzielle Interesse des Reiches es dringend verlangt habe. In demonstrativer Weise spendete Marx dem Reichskanzler Dr. Wirth warmes Lob, den er als weithin leuchtendes Beispiel und Vorbild pries. Am Schluß seiner Ausführungen betonte Marx: Namens der Fraktion erkläre ich nochmals, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums hinter dem Reichskanzler steht. — In der Tat, daß die Politik des Reichskanzlers und der Fraktion vollen Erfolg gezeitigt hat, ist heute nicht mehr zu zweifeln.

An dem Referat schloß sich eine Diskussion, in der zunächst Hübner, Saarbrücken, für das Saarrevolutionsgesetz, das deutsch ist und die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich erleichtert (Züricher Zeitung).

Hg. Klein, Dresden: Wenn der Bloß der Linken in Dresden nicht so schallend und waltend klang, wie er möchte, so haben wir das einzig und allein der klugen Politik der Zentrumspartei in Weimar zu verdanken. (Beifall.) Wir müssen aber auch mal ein scharfes Wort nach rechts sprechen. Das Organ des christlichen Bundes bringt fast in jeder Nummer mehr oder minder zum Ausdruck, daß der Reichskanzler Wirth das deutsche Volk gewissermaßen dem Auslande auslieferen. Wir sollten nicht nur sagen, was das Zentrum politisch geleistet hat, sondern auch nachprüfen, was die Reichsparteien an positiver Arbeit nicht geleistet haben. Daß der im schließlichen Kultusministerium ausgearbeitete Regierungsentwurf über die Heberwachung der Arbeit überhaupt gar nicht erst an den Landtag gekommen ist, ist lediglich ein Verdienst der Zentrumspartei, die darauf hingewiesen hat, daß er der Reichsverfassung widerspreche.

**Die Schlüsselschlüsse**  
Berlin, 17. Januar. In der Schlüsselschlüsse des Zentrumsparteitagess hielt

### Reichskanzler Dr. Wirth

eine Rede, in der er zu den außen- und innenpolitischen Fragen Stellung nahm. Der Reichskanzler führte u. a. aus:

Wir haben mit Abwendung aller Möglichkeiten im letzten Jahre die Politik des Reiches und unseres Volkes vorwärts getrieben. Es gibt auch einen anderen Weg, den andere vorge schlagen haben, das ist der Weg der Kapitulation. Dieser Weg ist nicht Sinn und Ziel, sondern das Ende der Politik (Schmerzhaft) Man hat jemanden, das es uns ein Vergnügen bereitet hat, Nachsprachen der Alliierten gegenüber uns zu beugen. Glauben Sie, daß es uns ein Leichtes gewesen ist, gegenüber der ungeredeten Entscheidung in Genf über Oberstufen

die Politik des Reiches weiterzuführen? Man hat und den Vorwurf gemacht: Wie könnt ihr ein Ultimatum unterschreiben? Wie könnt ihr Verhandlungen abgeben, die sich nicht ausführen lassen? Und trotzdem war das ja richtig, es ist heute noch als richtig anzusehen, weil die gesamte Welt damals die Lage nur politisch, nicht wirtschaftlich gesehen hat. (Zustimmung.)

Die Vermählung der Mannkraft des deutschen Volkes hinzu, wofür zu der Unfähigkeit der Alliierten Völker wird einen Weltvorkampf unter allen Umständen herbeiführen.

### Der Gedanke der Wirtschaft

und der Solidarität aller wirtschaftstreibenden Völker der ganzen Welt muß als großes Prinzip der internationalen Politik von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr, von Volk zu Volk weitergetragen werden.

Das war der Sinn unserer Tätigkeit. Die Delegierten aller Völker müssen sich über die Probleme der Wirtschaft und des Finanzwesens und damit auch über das Problem der Leistungen unterhalten. Dieses Ziel haben wir erreicht. Genua steht vor der Tür, eine Wirtschaftskonferenz der Welt. Ich will den Parteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken keinen großen Vorwurf machen, aber die Parteien, die Schuld haben, die allein können die deutsche Politik meistern. Sie ändern, die meinen, nach einer Woche den sieben Jahren von Aries, hat, Geld und Körperleistung könne man mit einer vornehmen Weise oder gar mit einem Parabombardement die Lage weichen, so glaube, so sind nicht dermaßen große Vorwürfe zu machen. (Zustimmung mit Handklatschen.) Sie werden nun fragen, warum zu der Partei die nur noch mit einem Bein in der Regierung steht, noch anders hinzukommen, glauben Sie, daß wir denken, die die Verantwortung

## Polizeipräsident Böhner entlarvt

**Eigene Drahtmeldung**  
München, 18. Januar. Im bayerischen Landtag machte gestern der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion die auffordernde Mitteilung, daß der verabschiedete Polizeipräsident Böhner im Juli vorigen Jahres dem Direktor der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, Regensburg, einen geheimen Munitionstransport nach München zugemutet habe. Böhner habe in München mit dem Direktor verhandelt, als dieser aber amtliche Vollmachten von Böhner verlangte, machte der Polizeipräsident leere Versprechungen. Nach ergebnislosen Verhandlungen habe ein Oberamtmann der Münchner Polizeidirektion neuerdings dem Direktor zu bewegen versucht, sich aber unter falschem Namen vorzustellen. Das Ansuchen wurde abgelehnt. Trotzdem wurde die Munition nach Regensburg geschafft. Gelegentlich eines Brandes wurde die Munition von den Angestellten der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in einem Hause an der Donau festgehalten, und nur ein glücklicher Zufall verhinderte eine schwere Explosion. Auf darauf verstand die Munition spurlos.

Wüstena, und nun haben die drei Fabriken alle Arbeiter auf Pfahle geworfen. Die Wiener Arbeiterzeitung nennt diese Vorgänge ein Vorpostengefecht.

## Eine Aera der Verständigung?

**Eigene Drahtmeldung**  
rs. Berlin, 18. Januar. An der heutigen Vollversammlung des Anhaltischen Landtages führte der Reichskanzler Dr. Wirth aus, daß dem schweren Jahre von 1921 in dem neuen Jahre abnehmend eine Aera der Verständigung folgen werde. Das maßgebende Anzeichen dafür sei die Tatsache, daß man Deutschland als gleichberechtigtes Staatsmitglied zu einer Konferenz eingeladen habe, auch daß man von der nur politischen Behandlung der betreffenden Fragen abgesehen und entsprechend unsern vielfachen Vorschlägen sich lediglich endlich auf die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschränken wolle. Man müsse es dankbar begrüßen, daß man Deutschland zu einer solchen Konferenz eingeladen habe. Der Reichskanzler versicherte, daß der Ausweg einer starken Staatsautorität beabsichtigt sei, die die Tätigkeit und Lebensarbeit in Handel und Gewerbe objektiv zu würdigen bestrebt sei.

## Ungarns Proletariat erwacht

**Eigene Drahtmeldung**  
Wien, 18. Januar. In Budapest haben drei große Industrieunternehmen, die Waggonfabrik Danubius, die Elektrizitätsfirma Ganz und die Maschinenfabrik Oer u. Schrang ihre Arbeiter, etwa 8000, ausgesperrt. Die Bewegung nahm ihren Anfang in der Waggonfabrik. Dort war ein Arbeiter, der lange Jahre dem Werke angehörte, nach Aufrißung des Horsh-Systems als ein der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gefährlicher Mensch in ein berichtigtes Internierungslager abgeführt worden. Nach dem Falle der Internierungsvorrichtung kam er wieder frei und seine Kollegen forderten seine WiederEinstellung. Die Firma lehnte dieses ab, stellte aber gleichzeitig vier Christlichsozialisten ein, die in den ungarischen Fabriken als Spione dienten. Die Arbeiter lösten postum

## Amerikas Teilnahme an der Konferenz von Genua

**Eigene Drahtmeldung**  
rs. Rom, 18. Januar. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat der italienischen Regierung mitgeteilt, das sie geneigt sei, an der Konferenz in Genua teilzunehmen, vorausgesetzt, daß die Frage der Annulierung der europäischen Schulden nicht berührt werde. Damit bleibt an der Forderung Amerikas für die Konferenz von Genua kein Zweifel mehr.